

Wir haben Jane Jacobs' Grundkonzept vergessen

Elizabeth Johnston im Gespräch mit Brigitte Schultz

Was sind die größten Bedrohungen für Europas Städte? Und was macht überhaupt eine sichere Stadt aus? Wir sprachen mit der Direktorin des Städtenetzwerks EFUS über gefühlte Gefahr, politischen Aktionismus und die Faulheit der Stadtplaner

Frau Johnston, Sie leiten ein Forum zum Thema Sicherheit mit mehr als 300 europäischen Städten. Was sind deren größte Probleme?
Gewalt in Familien ist ein ständiges Problem. Ein weiteres ist die Balance zwischen Sicherheit, Gesundheit und Risikoreduzierung – konkret vor allem, wie man mit Drogenkonsum in der Stadt umgeht und das Risiko sowohl für Süchtige als auch für die Nachbarschaft minimiert. Ein drittes Kernproblem sind seit Jahrzehnten Konflikte und Gewalt durch unterschiedliche Nutzungen des öffentlichen Raums. Wie fördert man vielfältige Aktivitäten und vermeidet Konflikte zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Prioritäten? Zum Beispiel ist die alternde Bevölkerung Europas immer weniger tolerant gegenüber der Nutzung des Stadtraums durch junge Menschen.

Das Wort „Terrorismus“ ist noch nicht gefallen.
Terrorismus ist natürlich auch eine Priorität, nur eine neuere. 2006, nach den Anschlägen in Madrid und London, haben wir viel über die Rolle eines Bürgermeisters oder einer Kommune in so einer Situation diskutiert. Vor drei, vier Jahren mussten wir uns wieder damit beschäftigen, als aus einigen unserer holländischen und belgischen Mitglieds-Städte immer mehr junge Leute nach Syrien und Irak zogen. Da haben wir intensiv an der Frage gearbeitet, was Städte tun können, um Radikalisierung zu verhindern und mit deren Folgen fertig zu werden.

Unterscheiden sich die Probleme innerhalb Europas, zum Beispiel zwischen Nord und Süd?
Nein. Die Probleme haben sich globalisiert, und damit die Notwendigkeit für alle Städte, sie anzugehen.

Über welche Probleme reden wir dabei – deckt sich die gefühlte Gefahr mit der tatsächlichen?
Das ist eines der schwierigsten Dinge für die Politik: oft eben nicht. Das Sicherheitsgefühl ist stark an die verfügbaren Informationen und das globale Klima geknüpft. Das heutige Klima – mit großen Terroranschlägen und viel politischem Diskurs darüber – erhöht die Angst vor Kriminalität. Ein weiterer Grund der gefühlten Unsicherheit ist der Zustand des öffentlichen Raums. Das Gefühl, dass er nicht richtig genutzt oder beleuchtet wird oder kleine Konflikte ungelöst bleiben, veranlasst die Menschen, zu denken, die Kriminalität wäre höher, als sie tatsächlich ist.

So wie die terroristische Bedrohung in Europa heute viel niedriger ist als noch vor Jahrzehnten – es aber kaum jemand so wahrnimmt.
Exakt. Die Wahrscheinlichkeit, heute durch einen Terroranschlag zu sterben, ist viel geringer, als von einem Bus überfahren zu werden. Aber Gefahr im Straßenverkehr hat nicht dieselbe öffentliche Mobilisierung. Gewalt gegen Frauen ist auch ein typisches Beispiel: In Frankreich stirbt alle drei Tage eine Frau durch Gewalt gegen



Elizabeth Johnston
leitet das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) sowie dessen französisches Pendant. Zudem ist sie Geschäftsführerin des Internationalen Zentrums für Kriminalprävention und Beirats-Mitglied des Globalen Parlaments der Bürgermeister. Nach dem Studium von Jura und Politikwissenschaft in Paris und Yale war Johnston u.a. als Präventionsexpertin für die Weltbank in Washington tätig.



Das Attentat am Breitscheidplatz hatte eine internationale Befestigung von Weihnachtsmärkten zur Folge, hier am Dresdner Striezelmarkt.
Foto: picture alliance / Arno Burgi/dpa-Zentralbild/dpa

Frauen sind zu Hause gefährdeter als durch Terrorismus. in Frankreich stirbt alle drei Tage eine Frau durch häusliche Gewalt! Das heißt nicht, dass wir uns wegen Terrorismus keine Sorgen machen sollten. Aber wir müssen uns mit den tatsächlichen Bedrohungen befassen – nicht nur mit jenen, um die am meisten Wirbel gemacht wird.

Frauen! Also sind Frauen zu Hause buchstäblich gefährdeter als durch Terrorismus. Das heißt nicht, dass wir uns wegen Terrorismus keine Sorgen machen sollten. Aber wir müssen uns mit allen tatsächlichen Bedrohungen befassen, nicht nur mit jenen, um die am meisten Wirbel gemacht wird.

Psychologische Kriegsführung...

Das ist eins der Hauptziele des Terrorismus: Menschen in Angst leben zu lassen. Und eines der größten Probleme, das damit zusammenhängt, ist der Anstieg von Hassgewalt und Hasskriminalität in europäischen Städten.

Was versteht man unter „Hasskriminalität“?

Verbrechen aus Hass oder Vorurteilen, also z.B. aus Homophobie oder einer Abneigung gegen Menschen mit Behinderung.

Wie hängt das mit dem Terrorismus zusammen?

Viele Politiker, wie auch Teile der Gesellschaft und der Medien, reagieren auf den Terrorismus, indem sie Konfrontation und Polarisierung zwischen Gruppen betreiben, in dem Versuch, einer Gruppe pauschal die Schuld zu geben. Das nähert eine Sündenbock-Politik, die Tür und Tor für alle öffnet, die in ihrem Umfeld Sündenböcke für die eigene Frustration suchen. So werden Rassismus und Ressentiments gegen Minderheiten gefördert. Hinzu kommt gewalttätige Sprache – oft von Politikern –, die potentielle Gewalt zwischen Gruppen salonfähig macht. So nimmt z.B. die anti-muslimische Gewalt extrem zu.

Eine der größten Herausforderungen ist es nun, solidarische Gesellschaften zu erhalten, in denen sich jeder sicher und zugehörig fühlt. In einem Klima, in dem Hassrede und Hassgewalt auf dem Vormarsch sind, wird das nicht als Priorität gesehen. Wir riskieren, dass die unzähligen Anti-Terror-Maßnahmen und der Ausnahmezustand zur Norm werden und wir irgendwann denken, Hassrede und die daraus resultierende Hassgewalt wären etwas, womit wir leben müssen.

Wie reagieren die Städte darauf?

Viele Städte sind sich der Notwendigkeit, den Gemeinschaftssinn zu stärken, sehr bewusst. Sie arbeiten zum Beispiel mit Familien und Gemeinschaften daran, wie man reagieren soll, wenn ein Freund oder das eigene Kind radikalisiert wird, damit die Menschen keine Angst haben, in dieser komplizierten Situation alleine dazustehen. Auch leisten sie viel Arbeit, um den Zusammenhalt zwischen religiösen Gruppen oder verschiedenen Kulturen aufzubauen und überlegen sich Aktivitäten, mit denen man die Gemeinschaft wieder zusammen stark machen kann.

Was ist mit Maßnahmen wie in Berlin, nachdem der LKW in den Weihnachtsmarkt gefahren ist?

Danach wurden dort riesige Betonteile aufgestellt – obwohl doch kaum etwas zweimal an derselben Stelle passiert. Gibt es ein Bedürfnis, Menschen mit Aktivitäten zu beruhigen, die nicht die besten sind, aber die sichtbarsten? Das ist typisch für Politiker. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit gen Null geht, kann man nicht als der Politiker dastehen, der die Vorsichtsmaßnahmen nicht getroffen hat.

Was bedeutet das für das öffentliche Leben?

Es gibt einen starken Willen in der Bevölkerung, den öffentlichen Raum wieder in Besitz zu nehmen. Die Bewohner Berlins haben die gleiche Entschlossenheit gezeigt wie die Pariser letztes Jahr. Doch heutzutage ist es eine Herausforderung für jeden Bürgermeister, eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren. Es ist eine Gratwanderung, da gibt es keine allgemeingültige Empfehlung. Alle unsere Städte kämpfen damit, ob sie dieses Festival oder jenes Straßenfest durchführen sollen. Und – und das ist eine fundamentale Frage – wie finanzieren sie all die Sicherheitsmaßnahmen? Kürzen sie dafür an anderer Stelle, zum Beispiel an Prävention?

Wie ist das Verhältnis zwischen unmittelbaren Sicherheitsmaßnahmen und Prävention?

Es ist ein ständiges Ringen zwischen Prävention und mehr repressiven Maßnahmen. Die Politik der Angst verlangt eine schnelle und sichtbare Reaktion. Aber das widerspricht langfristiger Prävention nicht. Leider liegt der finanzielle Schwerpunkt auf Maßnahmen wie Barrieren oder Videokameras. Das ist sehr beliebt, weil Politiker denken, dass die Menschen das begreifen. Aber ich glaube, die Menschen begreifen mehr, als Politiker denken, dass Prävention eine kluge Investition ist. Im Gesundheitssektor hat auch jeder verinnerlicht, dass Vorbeugung sinnvoller und weniger kostspielig ist.

Nimmt die Überwachung in den Städten zu?

Vor ein paar Jahren war Videoüberwachung groß in Mode. Sie wurde als die absolute Lösung dargestellt. Das beste Beispiel ist Großbritannien, das hier am meisten investiert hat. Im Nachhinein bezeichnete ein Gutachten des Innenministeriums diese Großinvestition als Fiasko – wohl gemerkt ein Gutachter des Innenministeriums! Nicht weil die Kameras falsch installiert waren oder nicht funktionierten, sondern weil sie die Versprechen nicht hielten, die mit ihnen verknüpft waren. Dazu ist auch das Beispiel Nizza interessant: Die Stadt hatte stolz behauptet, Anschläge wie in Paris wären in Nizza unmöglich, weil sie eine so tolle Videoüberwachung hätten. Das ist ein unglückseliges Beispiel dafür, dass Videoüberwachung nicht zur Prävention taugt. Inzwischen haben das die meisten Städte ver-



Die US-Botschaft in Budapest (Bild oben) setzt auf offensichtlichen Perimeter-schutz. Wer es noch eindrucksvoller will, wird bei Herstellern in China oder Abu Dhabi fündig. Fotos: Arnold Bradford (o.); Shenzhen Security System Technology (u.l.), Bond Traffic Solutions (u.m.), Habari Logistics (u.r.)

Die Politik der Angst verlangt eine schnelle und sichtbare Reaktion. Am beliebtesten sind Barrieren und Kameras



Oben: Die Wilhelmstraße vor der britischen Botschaft in Berlin ist seit der britischen Beteiligung am Irakkrieg 2003 durch 43 eiserne Poller gesperrt. Nur Autos des Bundestages oder der Botschaft dürfen passieren. Foto: Lisa Ryder/Alamy

Unten: Das Geschäft mit Pollern läuft so gut wie nie. Vom billigen Findling bis zum Designer-Poller aus Bronze findet man etwas für jeden Geschmack. Fotos: Townscape Products (l.), Ralf Krieger (m.), Australian Bollards (r.)

standen und nutzen Videokameras nur noch als ein Instrument zur Strafverfolgung.

Was sind wirksame Instrumente der Prävention?
Vor allem menschliche Anwesenheit.

Menschen wie die Polizei?
Nicht nur. Die Polizei kann nicht überall sein, und das will auch niemand. Doch einfache menschliche Anwesenheit in öffentliche Räume zurückzuholen, ist äußerst wirkungsvoll. Wir brauchen Vermittler im öffentlichen Raum, beispielsweise Leute, die im öffentlichen Verkehr arbeiten und tatsächlich dort anwesend sind. Wenn jemand Karten verkauft oder Leute im Bahnhof begrüßt, verändert das die Atmosphäre. Es verhindert Konflikte, und es beruhigt Menschen, die dann ihrerseits freundlicher werden. Das ist kein neues Konzept, es ist eines von Jane Jacobs' Grundkonzepten, die leider seither vergessen wurden.

Was hat sich seit Jane Jacobs verändert?
Sicherheit wird erfreulicherweise viel professioneller angegangen. Innerhalb der Kommunen gibt es nun Teams von Fachleuten, die auf Verbrechensprävention spezialisiert sind.

Aus welchem Bereich kommen die Fachleute?
Sie sind am Schnittpunkt vieler Bereiche. Dort findet man Stadtplaner, Polizisten, Politikwissenschaftler, Juristen oder Leute mit Erfahrung in der Strafjustiz. Und es gibt immer mehr Masterprogramme, die diese Fachleute ausbilden. Das Bewusstsein ist gewachsen, dass Sicherheit sehr stark mit anderen Sektoren verbunden ist, dass wir also z.B. nicht über Sicherheit nachdenken können, ohne über Stadtplanung nachzudenken, und umgekehrt.

Endet das dann in Anti-Terror-Stadtmöbeln?
Ja, das ist eine Herausforderung: Der Sicherheitssektor hat Stadtplanung und Architektur mit einbezogen, aber umgekehrt kann man das nicht wirklich behaupten. Stadtplanern und Architekten mangelt es noch an Phantasie. Es gibt durchaus gute Beispiele, aber viel zu oft greifen Planer zu den naheliegenden Antworten: einfach Betonklötze hinstellen und alles abriegeln. Aber eine Gated Community ist die faule Antwort der Planung auf die Sicherheitsfrage.

An welche guten Beispiele denken Sie?
Ich war letztes in Lens, wo der öffentliche Raum früher von Dealern und Personen eingenommen wurde, die nicht sehr freundlich zu Anderen waren. Anstatt solche Orte abzuriegeln, hat die Stadt sie geöffnet und in Spiele für Kinder und Stadtmöbel investiert, die die Menschen wirklich benutzen können. Jetzt ist der öffentliche Raum rund um die Uhr belebt – das Problem ist gelöst.

Was ist mit Ländern unter Sparzwang – steigt die Kriminalität dort?
Untersuchungen zeigen, dass die Wirtschaftskrise keinen Anstieg der Gewalt mit sich gebracht hat. Aber sie ist ein großes Problem für die Finanzierung von Präventivmaßnahmen, zum Beispiel Jugendarbeit. Hier werden nachweislich effektive Programme eingestellt! Aber interessant ist hier Folgendes: Größere Armut bewirkt keinen Anstieg der Kriminalität – mehr Ungleichheit in einer Gesellschaft schon. Und das ist ein Problem für alle Gesellschaften, egal ob sie sich in einer Wirtschaftskrise befinden oder nicht.

Aber wie viel Einfluss hat man darauf als Stadt?
Die Stadt allein kann die Situation nicht umdrehen. Aber sie kann bewirken, dass die Menschen sich als Teil der Gemeinschaft fühlen. Zusammenhalt ist eines der besten Instrumente der Prävention. Das ist nicht nur ein schönes Wort, sondern er gewährleistet, dass Menschen nicht im Traum daran denken, in ihr Viertel oder ihre Schule zu gehen, und ihre Mitmenschen zu ermorden. Eine Stadt kann die geopolitische Situation nicht ändern. Aber sie kann die Voraussetzung schaffen, dass ein Bürger, der empört ist über das, was in Syrien passiert, einen friedlichen Weg findet, seine Empörung zu äußern.

Was sollte eine Stadt dafür tun?
Manche Städte befinden sich in einem ehrlichen Dialog mit ihren Bürgern, veranstalten zum Bei-

spiel Debatten über Radikalisierung oder Theaterworkshops zu Islam, radikalem Islam oder gewalttätigem Extremismus. Diese simplen Aktivitäten sind äußerst effektiv, weil sie ein verantwortungsvolles Gespräch über schwierige Fragen in Gang bringen und verhindern, dass Gerüchte oder Kampagnen aus dem Internet bestimmen, was die Leute denken. Und sie kosten fast nichts. Es geht nicht nur um Geld, es geht ganz viel um politischen Mut. Leider fehlt dieser oft. Auch beim Thema Terrorismus. Es wird so viel darüber geredet, aber wir haben es versäumt, zu analysieren, wie überall in Europa Kinder radikalisiert werden konnten, die wir großzügig gezogen haben, die unsere Kindergärten, unsere Schulen und manchmal unsere Universitäten durchlaufen haben. Nicht nur die französischen Täter wurden buchstäblich in dem Viertel geboren, das sie angegriffen haben.

Blick in die Zukunft: Welche Entwicklung sehen Sie für die Städte Europas?
Wir als Forum haben kein festes Szenario, auch weil wir optimistisch hinsichtlich Veränderung bleiben müssen. Aber ich glaube, es besteht ein großes Risiko, dass Gesellschaften zersplittern und sich darauf ausrichten, das Individuum mehr zu schützen als die Gemeinschaft. Doch das ist nicht unausweichlich. Deswegen engagieren wir uns ja: weil man etwas dagegen tun kann.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Müller



Als Stadtmöbel getarnte Durchfahrtsperren
Fotos: Marshalls (l.), Matthew McMullen/Blueton (r.)



Zusammenhalt ist eines der besten Instrumente der Prävention